Soviel auch in der bürgerlichen Presse darüber geredet wird, daß Uneinigkeit, Zänkereien bei uns entstanden seien — wo es sich um Thaten handelt, wo es sich um den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft handelt, sind wir alle einig und vergessen alle abweichenden Meinungen. Das ist das Wichtigste und darum sollen wir, wenn wir auseinander gehen, alles vergessen, was uns trennt, und nur an das denken, was uns einigt: der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen, die zusammenstehen, Hand in Hand, damit wir das Endziel erreichen, über das unter uns, scheint mir, keinerlei Zweifel bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Heine-Berlin: Wir brauchen zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Zuchthausvorlage noch etliches Material. Wir sind von den Genossen nicht so reichlich mit der Einsendung von Material bedacht worden, wie wir es eigentlich erwartet hätten. Wir wissen, daß die Materialien existiren, und in welchem Maße, geht aus dem Legien'schen Buche und den täglichen Zeitungsberichten hervor. Es liegt uns aber daran, auch die Sachen, die noch nicht an uns gelangt sind, zu erhalten. Vor allem sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Reihe von Anklagen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wegen Erpressung erhoben und zum Theil verhandelt worden. Es ist für uns von großer Wichtigkeit, diese Sachen, und zwar die kompletten Prozeßakten auch jetzt zu erhalten und sobald etwas Neues kommt. Darum bitte ich die Genossen am Orte, die Vertrauensmänner und Führer, das nicht aus dem Auge zu lassen; sowie ein Prozeß stattfindet, uns Anklage und Urtheil selbst zu schicken oder durch den Rechtsanwalt zuschicken zu lassen, und zwar entweder an das Arbeitersekretariat in Nürnberg zu Händen von Segitz, oder an den Partei-Vorstand oder an mich.

Ewald-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Im Kampf gegen die Zuchthausvorlage sind wir alle einig, da bedarf es keiner Erörterung. (Beifall.)

Einstimmig wird die Debatte geschlossen, und einstimmig sowohl die Resolution 83 wie der Antrag 71 angenommen.

Der Parteitag geht über zu Punkt 10 der **Tagesordnung: Anträge zum Programm und zur Organisation.**

In Frage kommen hier die Anträge 5, 8, 11 und 9, der inzwischen durch den Antrag 72 ersetzt worden ist. Davon findet nur der Antrag 72 die genügende Unterstützung. Antrag 10 ist zurückgezogen.

Ewald-Berlin begründet den Antrag 72. Bisher lautete § 17a des Organisationsstatuts, daß bei allen Anstellungen, überhaupt bei allen Vorkommnissen beim Zentralorgan der Preßkommission Mittheilung zu machen sei, der Partei-Vorstand aber selbständig zu verfügen habe. Nun liegt die Sache so, daß unser Zentralorgan 53000 Abonnenten hat, von denen sich 50000 in Berlin und Umgegend und nur 3000 außerhalb befinden. Sie werden mir zugeben, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Zentralorgan haben. Daher brauchen wir, glaube ich, nicht viel Worte zu machen, um Ihnen die Annahme dieses Antrages zu empfehlen. Ich erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie ihn, wie er vorliegt, annehmen. (Beifall.)

Bader-Magdeburg: Ich ersuche um Ablehnung des Antrages, da er überflüssig ist. Die Klagen über den „Vorwärts", die auf früheren Parteitagen erhoben wurden, sind jetzt verstummt, die Berliner Genossen haben bereits einen genügenden Einfluß auf die internen Verhältnisse des „Vorwärts" und § 17a bedeutet schon jetzt nichts anderes, als was jetzt in Antrag 72 gefordert wird.

Knappe-Stettin: Die Berliner haben ebenso ein Recht darauf, Einfluß auf ihr Blatt zu gewinnen, wie jeder Ort in der Provinz. Nehmen Sie ohne weiteres den Antrag an. Das Mißtrauen gegen die Berliner, sie könnten ihren Einfluß gegen das Interesse der Partei geltend machen, wird durch ihre ganze bisherige Haltung widerlegt. (Beifall.)

Antrag 72 wird angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung umfaßt die **„Sonstigen Anträge"**, die auf Vorschlag des Vorsitzenden in 4 Gruppen (Taktik, Presse, Agitation und Verschiedenes) eingetheilt werden.

Zur Berathung gelangen in erster Linie die Anträge zur **Taktik**; es sind dies die Anträge 6 und 63, die sich mit der Stellung der Leipziger Genossen zur Landtagswahl befassen. Antrag 7 ist bereits durch Annahme der Resolution 81 erledigt.

Eichhorn-Dresden begründet den Antrag 63*) Wir verlangen nichts weiter, als daß Beschlüsse der Landesversammlungen auch von allen Genossen befolgt werden. Wohin das Verhalten führt, das hat zum Jammer der Partei und zum Gaudium der Gegner die letzte Wahl gezeigt. (Sehr wahr!) Es ist vorgekommen, daß in demselben Kreise einige Städte sich betheiligt haben, andere nicht. Das verderbliche Beispiel Leipzigs hat in Zwickau Nachahmung gefunden, wo man mit einer Stimme Mehrheit die Wahlbetheiligung ablehnte. Das sind die Folgen des disziplinwidrigen Verfahrens der Leipziger Parteigenossen. (Hört! hört!) Selbst wenn die Wahlbetheiligung ein Fehler ist, so hat, wenn die Partei sie beschlossen hat, die Partei den Fehler gemacht und die Genossen haben sich zu fügen. Ein Jammerbild war die Wahlbetheiligung von 18 bis 30 pCt. Schaffen Sie Remedur, Parteigenossen, sorgen Sie, daß in Sachsen wieder Ordnung wird. (lebhafter Beifall.)

Grenz-Leipzig: Ich stehe auf der Anklagebank. Sie können uns verurtheilen, aber nur nach gründlicher Information, und die kann in kurzer Weise nicht erfolgen. Wir drehen den Spieß um; ich erhebe die Gegenklage, daß die sächsische Landtagsfraktion und das damalige Zentral-Agitationskomitee den nicht schönen Zustand verschuldet haben. Die jämmerliche Wahlbetheiligung war ja auch in Kreisen, in denen nach Kräften für die Wahlbetheiligung agitirt wurde. Wir sind daran nicht schuld (lebhafter Widerspruch), wir haben Niemand gehindert, sich zu betheiligen. Man konnte eben den Beschluß nicht durchführen; bei den gegenwärtigen Zuständen gehen die Arbeiter eben nicht zur Wahl in einem Umfange, daß dabei etwas herauskommt. Die Massenversammlung in Stötteritz, in der Liebknecht sprach, hat in der nachdrücklichsten Form den Protest gegen das Verhalten der Landtagsfraktion beschlossen. Mit dieser Resolution würden Sie nicht beilegen, sondern verschärfen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wenn ich nicht weiter reden darf, dann werden wir verurtheilt, ohne gehört zu werden. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: Zu dieser Behauptung hat der Genosse kein Recht. Er hört zu reden auf, weil die von ihm selbst mitbeschlossene Geschäftsordnung ihm keine weitere Redezeit gewährt.

Lorenz-Chemnitz: Wir beantragen die Resolution nicht aus Freude, den Leipzigern einen Denkzettel zu verabfolgen. Die Töne haben wir schon mehrfach bei den Landesversammlungen gehört, und einmal sind wir auch darauf hineingefallen. Die Leipziger Genossen haben die Beschlüsse derselben jedes Jahr bewußt durchbrochen; das ist ein Verstoß gegen die einfachsten Grundsätze der Demokratie. (Sehr wahr!) Unsere Partei ist doch auch eine demokratische Partei; wer zu ihr gehören will, muß sich selbstverständlich den Beschlüssen ihrer offiziellen Organe fügen. (Beifall.) Der Landtagsfraktion haben die Leipziger den genialen Rath gegeben, ihre Mandate niederzulegen; dann wäre unter dem neuen Wahlgesetz gewählt worden und wir wären 15 Mandate zur Freude unserer Gegner quitt gewesen.

Wünschmann-Döbeln: Die Leipziger haben allerdings die Genossen der anderen Kreise nicht aufgefordert, sich der Wahl zu enthalten; aber böse Bei-

---

*) Zu diesem Antrag giebt Genosse Georg Horn (Sachsen) die Erklärung zu Protokoll, daß er sich derselben voll anschließt und sein Namen nur deshalb darunter fehlte, weil der Antrag ihm nicht zur Unterschrift vorgelegt worden ist.